

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



März/ April 2021 - Nr. 03/04

Aktuell – informativ – kritisch



Impfen, impfen...

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Covid-19: Das Impf-
desaster Öster-
reichs und der EU**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik: Stell-
vertreterkrieg im Je-
men**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 8



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarter

Liebe Kameraden!

Im letzten Präsidentenbrief habe ich festgestellt, dass es gerade die letzten Meter zum Gipfel sind, die uns das größte Maß an Anstrengung abverlangen. Niemand von uns konnte ahnen, dass die Pandemie uns auch in diesem Jahr noch so in ihrer Gewalt hält, ja den gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt bis zum Zerreißen anspannt.

Um beim Bild des Bergsteigens zu bleiben: Edmund Hillary, der Erstbesteiger des Mt. Everest, hat gesagt: „Es ist nicht der Berg, den wir bezwingen – wir bezwingen uns selbst.“ Wir sind daher gefordert! Man kann mit Recht das Krisenmanagement kritisieren, man kann kritisieren, dass die Impfungen nur sehr schleppend laufen und man kann auch kritisieren, dass bei der Beschaffung der Impfstoffe das Postulat des Sparens voran gestellt wurde.

Das mag alles richtig sein. Tatsache ist aber, dass das Infektionsgeschehen nur von unserem Verhalten abhängt und wir daher gefordert sind. Wir müssen den Berg bezwingen, niemand sonst! Dabei kommt es nicht so sehr auf die Geschwindigkeit an, mit der wir marschieren. Es kommt darauf an, dass wir überhaupt Schritte vorwärts machen, z.B. bei den Impfungen

und es kommt auf unsere Disziplin an. Wir werden die gegenwärtigen Einschränkungen daher am schnellsten los, wenn wir uns gemeinsam in diesem Sinn anstrengen.

Für mich hat diese Krise auch positive Seiten, so abwegig das klingt. Die Corona-Pandemie hat nämlich dazu geführt, unseren Blick für das Wesentliche zu schärfen und uns zu helfen, Nötiges von Unnötigem zu unterscheiden: Familie, Gemeinschaft und Zusammenhalt sind in ihrer Bedeutung gestiegen, man könnte das auch mit dem Wort „Kameradschaft“ zusammenfassen.

Es wurde deutlich, dass nicht alles Unverzichtbar ist, was uns auf den ersten Blick so teuer und erstrebenswert erscheint. Die Krise hat also dazu geführt, dass sich unsere Gesellschaft neu verorten kann. Gerade dies erscheint mir wichtig, wenn wir nach der Krise daran gehen, unser Zusammenleben neu aufzubauen. Wir werden dazu nicht nur Tatkraft brauchen. Es wird auch eine gehörige Portion Optimismus erforderlich sein, um positiv gestimmt in die Post-Corona-Epoche schreiten zu können. Tatkraft und Optimismus sind ebenfalls Eigenschaften, die für mich mit den Persönlichkeiten der Kameraden – davon gibt es so viele, wie wir Mitglieder haben – verbunden sind und immer sein werden. „Der Charakter beweist sich in der Krise“, wie der große deutsche Kanzler Helmut Schmidt so treffend festgestellt hat. Diesen Charakter werden wir beweisen, wie ihn Salzburg immer schon bewiesen hat, wenn es darauf angekommen ist. Das viel zitierte Licht am Ende des Tunnels ist vielleicht noch etwas klein und kaum wahrnehmbar, aber es ist da! In diesem Sinne!

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarter
Präsident

Covid-19: Das Impfdesaster Österreichs und der EU

Am 18. März 2020 verkündete Bundeskanzler Sebastian Kurz im Rahmen einer Pressekonferenz mit Vizekanzler Werner Kogler ein Milliardenhilfspaket gegen die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise. „Kostes, was es wolle“, schloss der Bundeskanzler.

Österreich avancierte in dieser ersten Phase zum europäischen Musterschüler in der Krisenbewältigung. Belohnt wurde dies mit hervorragenden Umfragewerten der Bundesregierung und einem relativ unbeschwerten Sommer für die Bevölkerung. Die ersten Warnungen von Experten und Behörden vor einer 2. Welle der Pandemie gegen Ende des Sommers gingen in den Farbspielen zur Corona-Ampel folgenlos unter, Reisewarnungen wurden ausgesprochen, blieben aber weitgehend folgenlos.

Meldungen über die Erprobung von Impfstoffen schienen die sorglose Haltung überdies zu rechtfertigen. Am 23. Dezember sagte Bundeskanzler Kurz in einer Pressekonferenz: „Wir haben aber auch immer gewusst und gehofft, dass die Covid-19-Impfung der Game Changer sein wird, dass damit der Anfang für den Sieg über die Pandemie eingeleitet werden kann.“ Gleichzeitig stimmte der Bundeskanzler die Bevölkerung auf weitere harte Monate ein: „Wir leben in einer sehr herausfordernden Phase und sind uns alle bewusst, dass diese nicht mit Weihnachten und dem Jahresende vorbei sein wird. Es liegen noch weitere herausfordernde Monate vor uns.“

Kaum Impfstoff verfügbar

Zum Zeitpunkt dieser Aussage stand zwar der Beginn der

Impfungen unmittelbar bevor, allerdings war allen Beteiligten klar, dass die Menge der zur Verfügung stehenden Impfstoffe viel zu gering war, um einen Paradigmenwechsel auch wirklich herbeiführen zu können. Hier verdient die Rolle des Gesundheitsministers, viel mehr die seines Covid-Sonderbeauftragten Clemens Martin Auer, Beachtung.

Wie die Presse am 2. Jänner informierte, stellte das Gesundheitsministerium ausschließlich auf den Preis des Impfstoffes ab: „Bei den zahlreichen Pressekonferenzen von Gesundheitsminister Rudolf Anschober konnte man den Eindruck gewinnen, er sei überstolz, dass er als Sparefroh der Nation auf den billigen und einfachen Impfstoff von Astra Zeneca gesetzt hat. Ähnlich argumentiert auch sein Covid-Sonderbeauftragter Clemens Martin Auer.

Dieser widerspricht sogar dem vom Kanzler verkündeten Schwenk Österreichs auf den bisher einzig zugelassenen (und teureren) Impfstoff von Biontech. Auer schnoddrig: Die breite Bevölkerung bekommt Astra Zeneca. Basta. Einziger Wermutstropfen: Die alternative Billigsdorfer-Impfung hat keine Zulassung. Macht nichts, sagt Anschober. Wir impfen die Bevölkerung sowieso erst in Monaten. Woher die plötzliche Sparsamkeit kommt, ist nicht wirklich verständlich. Denn glaubt man den kolportierten Preisen, geht es in Relation zu den Gesamtkosten der Pandemie – um sprichwörtliche Peanuts. (...) Jede Woche Lockdown kostet die Wirtschaft und das Staatsbudget ein Vielfaches – die derzeit durchschnittlich täglich 100 Covid-Toten noch gar nicht mitberücksichtigt.



Bundesheersoldaten im Assistenzeinsatz zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Ökonomisch ist es am sinnvollsten, so schnell wie möglich zu impfen (...). Selbst wenn man wie etwa Israel den doppelten Preis für den Impfstoff zahlt, ist das gesamtwirtschaftlich noch weit billiger und sinnvoller als in der Covid-Schockstarre zu verharren. Warum Anschober stattdessen das gesamte Land quasi der Epidemie-Geiselhaft seines Covid-Sonderbeauftragten Auer ausliefert, verstehe, wer wolle“, schrieb Stefan Brocza in der Presse.

Der Faktor Zeit

Es scheint, dass eine militärische Lagebeurteilung nicht stattgefunden hat. Nur so ist es erklärbar, dass dem Faktor „Zeit“ keinerlei Beachtung geschenkt wurde und der Führungsgrundsatz der Reservbildung (damit zusammenhängend die Erstellung eines Planes „B“) außen vor blieb. Hart ins Gericht ging auch der langjährige Tiroler Ärztekammerchef Artur Wechselberger im Kurier vom 17. Februar mit der österreichischen Impfstoffbeschaffung: „Gesundheitswesen ist nationale Kompetenz und eine prioritäre Aufgabe des Staates. Das ist der österreichische Reflex, nationale Probleme der Europäischen Union in die Schuhe zu schieben. Man hätte zumindest parallel Verträge mit Impfstoffherstellern abschließen, Geld in die Hand nehmen und „vorausfinanzieren“ müssen. Und es ist auch überhaupt nicht einzusehen, warum man

bei der Impfstoffbeschaffung offenbar ans Sparen gedacht hat. Es wäre ein Klacks gewesen, ausreichend Impfstoff einzukaufen. Man hätte sich einfach nicht zu hundert Prozent auf die EU verlassen dürfen.“ Hätte! Allerdings ging die österreichische Verwicklung in dieser Sache durchaus weiter. Auer wurde „dazu auserkoren, sein Unwesen europaweit zu treiben.

Die EU-Kommission hat einen Lenkungsausschuss zur gemeinschaftlichen Beschaffung der begehrten Covid-Impfstoffe eingerichtet - Auer wurde von Wien als stellvertretender Vorsitzender in dieses Steering Board entsendet. Und dieser machte auch in Brüssel kein Hehl aus seiner Schnäppchenmentalität und lobbyierte für das Produkt von Astra Zeneca.“ - Soweit wieder die Presse.

Geiz der EU hat Leben gekostet ...

Diese Haltung Österreichs traf sich mit derjenigen der EU-Kommission. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die EU-Staaten, von denen einige bereits begonnen hatten, ihre nationale Impfstoffbeschaffung einzuleiten, zum Verzicht gedrängt und von einem gemeinsamen Vorgehen überzeugt. Das war im Juni 2020. Dann zogen sich die Verhandlungen und die Zulassungsverfahren in der EU in die Länge. Während die USA bereits mit dem Impfen begon-

nen hatten, zauderte die EU. Was als gemeinsamer Kraftakt und als Gegenstück zu einem „Impfnationalismus“ gedacht war, führte zwar dazu, dass die EU billige Preise für Impfstoff aushandeln konnte. Allerdings motivierten die Verhandlungen die Pharmaindustrie nicht ausreichend, um die Produktion anzukurbeln, wie Guntram Wolff, Direktor des Bruegel Think Tanks in Brüssel, argumentierte. Der „geizige Ansatz der EU hat Leben gekostet“, twitterte er.

Während andere einfach Geld in die Hand nahmen und bestellten, feilschte Brüssel mit den Herstellern. Der gemeinsame Kraftakt kehrte sich ins Gegenteil: Spannungen zwischen den EU-Staaten, Ausscheren von EU-Mitgliedern (z.B. Tschechien oder Ungarn), gegenseitige Grenzsicherungen und Reisewarnungen! Von der Leyen behauptete im November 2020 noch trotzig, dass das Ganze „eine echte europäische Erfolgsgeschichte“ sei. „Bei all dem Beschaffungschaos kann sich die Kommissionspräsidentin nicht länger wegdrücken“, sagte dazu SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil und nahm die Hauptverantwortliche des Desasters in die Verantwortung.

Die Zeit läuft davon!

Fest steht: Die EU und Österreich haben bei der Zulassung und Beschaffung der Impfstoffe wichtige Zeit verloren. Zeit, die uns nun mit den

Mutationen davonläuft. „Was nützt die beste Strategie, wenn nicht genug Impfstoff vorhanden ist“. Dabei sei das Impfen die „wichtigste, inzwischen dritte Säule“, auf die der meiste Fokus gelegt werden müsse. Nur das Impfen könne die Pandemie beenden. „Strategien wie Containment, Lockdown, individuelle Schutzmaßnahmen und Testen habe man schließlich bereits vergangenes Frühjahr gehabt“, sagte Artur Wechselberger, der kritisierte, dass die geführte politische Diskussion vom zentralen Thema des Impfens ablenke.

Er könne zunehmende Müdigkeit und Unmut der Menschen und die Sehnsucht nach dem normalen Leben durchaus verstehen. Es sei eine Grenze erreicht. Warum man etwa die Gastronomie komplett geschlossen halte, verstehe er nicht. - Über einzelne Maßnahmen lässt sich natürlich diskutieren. Unter dem Strich bleibt aber ein flächendeckendes Versagen von Bundesregierung und EU-Kommission in der Beschaffung der Impfstoffe.

Bis deren Verfügbarkeit Österreich wieder ein annähernd normales Leben erlaubt, bleibt wohl noch länger abzuwarten. Auf die Wahrnehmung der politischen Verantwortung für das Desaster wohl auch.



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Ende Jänner gab es eine Erregung im Parlament über einen wissenschaftlichen Beitrag in der Österreichischen Militärischen Zeitung (ÖMZ). In einem Sonderheft habe, den Vorwürfen zufolge, Alexander Balthasar unter dem Titel „BMLV und ÖBH – wozu?“, die Zusammenlegung von Verteidigungs- und Innenministerium gefordert. Alexander Balthasar ist der

Leiter des neu errichteten Rechtsinstituts an der Landesverteidigungsakademie und hat mit diesem Beitrag gewissermaßen sein Institut der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Der Vorwurf gegen den Autor ging dann noch weiter: Alexander Balthasar sei ein enger Mitarbeiter von Generalsekretär Dieter Kandlhofer und, da es in der ÖMZ, als Organ des Verteidigungsressorts, keine Privatmeinung geben könne, sei dies eine Auftragsarbeit der Verteidigungsministerin, um das Bundesheer zu einer Art Technischem Hilfswerk zu degradieren.

Ich habe den Aufsatz von Alexander Balthasar in besagtem Sonderheft durchgelesen. Ein hochwissenschaftlicher, brillant formulierter juristischer Beitrag, der sich sehr kritisch mit den Ansätzen der österreichischen Verteidigungspolitik vor dem Hintergrund der Verfassung und der internationalen sicherheitspolitischen Verpflichtungen

(GSVP, Partnerschaft für den Frieden) Österreichs befasst und Fehlstellen aufzeigt. Ein Plädoyer für eine Zusammenlegung von Verteidigungs- und Innenministerium, mithin ein solches für die Umwandlung des Heeres in ein technisches Hilfswerk, habe ich nirgends herauslesen können!

Ich darf die parlamentarischen Kritiker vielmehr ermuntern, auch den zweiten Aufsatz in diesem Sonderheft zu lesen. Es handelt sich dabei um eine Analyse, die Hans Kelsen, der Vater der österreichischen Verfassung, im Jahr 1917 als Oberleutnant angestellt hat. Er trifft darin einige Empfehlungen für die Gestaltung von Österreichs Wehrsystem nach dem Krieg. Besondere Bedeutung haben für mich dabei die Bemerkungen Kelsens zu Wehrpflicht und Milizsystem, die uneingeschränkt auch noch heute Gültigkeit haben. Bestünde echtes politisches Interesse an unserem Bundesheer, dann

würde die Herstellung eines verfassungskonformen Zustandes des Heeres eingemahnt. Nur zur Erinnerung: Das Bundesheer ist nach der Verfassung nach dem Grundsatz eines Milizheeres aufzustellen. Diesem Verfassungsgrundsatz ist nur dann entsprochen, wenn es eine Übungsverpflichtung mit wiederkehrenden Übungen in Volltruppe gibt und wenn strukturierte Milizverbände bestehen, nicht bloß als Kaderrahmenverbände mit befristeter Beorderten auf dem Papier.

Und zuletzt: Dem Verfassungsgrundsatz einer umfassenden Landesverteidigung kann nur dann entsprochen werden, wenn das Verteidigungsbudget auch entsprechend dotiert ist. Davon habe ich jetzt leider nichts gehört. Genau hier sitzt aber das Problem!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Die Kommandantenverantwortung ist unteilbar

Es waren unschöne, verstörende, ja peinliche Bilder, die von einer völlig entgleisten Abschlussfeier einer Kaderanwärterausbildung 1 in der Kaserne Güssing ihren Ausgang nahmen.

Oberst Michael Bauer, Sprecher des Bundesministeriums für Landesverteidigung, tat kund, dass die Bilder zum „Widerlichsten, was ich in meiner 35-jährigen Dienstzeit beim Bundesheer sehen musste“, gehören. Jedenfalls wird eine Bewertung des Vorganges, der das Strafbuch nicht tangiert hat, berücksichtigen müssen, dass solche Bilder nicht dem entsprechen, wofür das Bundesheer in seiner anspruchsvollen und oft genug wenig gewürdigten Auftragsbefriedigung für diese Republik steht. Mit anderen Worten: viele positive Leistungen des Bundes-

heeres, Ausbildung, Assistenzen und Einsätze in der Heimat und im Ausland werden durch so etwas konterkariert. Auch wird zu beurteilen sein, dass das derzeit geltende Covid-Maßnahmenregime Feiern verbietet. Der Vorgang muss daher jedenfalls disziplinarische Folgen haben. Darüber kann es keine Diskussion geben!

Die Beteiligten sind einer gerechten und angemessenen Disziplinarstrafe zuzuführen. Ob darunter eine existenzvernichtende „Entlassung“ zu verstehen ist, wie sie in vier Fällen verfügt wurde, darf zumindest in Frage gestellt werden. Dies auch und gerade vor dem Hintergrund, dass einer der so Entlassenen, ein junger Kärntner Soldat, offensichtlich unter der Last des Geschehens stehend, zusammenbrach und wenige Tage später Suizid verübte hat. Ein Vorgang, der betroffenen macht und weitere Fragen aufwirft, denen sich auch

die Vorgesetzten der jungen Kameraden zu stellen haben. § 4 der Allgemeinen Dienstvorschrift für das Bundesheer (ADV) bestimmt die Pflichten des Vorgesetzten u.a. wie folgt: „Der Vorgesetzte hat seinen Untergebenen ein Vorbild soldatischer Haltung und Pflichterfüllung zu sein. Er hat sich seinen Untergebenen gegenüber stets gerecht, fürsorglich und rücksichtsvoll zu verhalten und alles zu unterlassen, was ihre Menschenwürde verletzen könnte. (...) Der Vorgesetzte ist verpflichtet, seine Untergebenen durch ständige Überwachung des Dienstbetriebes zur sachgerechten Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten und sie vor vermeidbarem Schaden zu bewahren.“

Der burgenländische Militärkommandant wurde zum Vorfall wie folgt zitiert: „Das –

verzeihen Sie mir den Ausdruck – kotzt mich an.“ Er finde es gut, dass für jene Kaderanwärter, die bei dem Vorfall eine Hauptrolle gespielt haben, nun der Weg zum Berufssoldaten ende.

Das wird wohl einer ehrlichen Empörung über den Vorfall entsprungen sein. Hinterfragt werden darf aber, ob bei der Ahndung der Verfehlungen die militärische Fürsorgepflicht des/der Vorgesetzten – wohl unter Furcht vor medialem Druck – ausreichend gewahrt wurde und hinterfragt werden darf auch, wo eine Dienstaufsicht in der Kaserne in der fraglichen (dienstfreien) Zeit stattgefunden hat, die den Anlassfall wirksam unterbunden hätte.

Die Kommandantenverantwortung ist auch in diesen Punkten unteilbar!



Papier ist geduldig - und wir?



Bgdr i.R. Manfred Gänsdorfer

Mancher in unseren Reihen erinnert sich an die Schulzeit und quälende (vielleicht auch unterhaltsame) Lateinstunden. Und an Cicero, wo seit Jahrzehnten vor Christi Geburt geschrieben steht: „epistula non erubescit“ – auf gut oder schlecht Deutsch: „der Brief errötet nicht“. Die Frage sei erlaubt, ob nicht mehr als 2.000 Jahre danach Gleiches auch für das Papier zu gelten hätte, auf dem die Regierungserklärung unserer Tage steht.

Dort heißt es in der Präambel, „man wolle die österreichische Tradition fortsetzen, das Trennende hintanstellen, um neue Wege zu finden. Dies sei auch eine Chance für das politische Klima: für mehr Vertrauen in die Politik an sich und in die demokratischen Institutionen für sich. Verfassung, Rechtsstaat, Demokratie, Grundrechte – und unsere Werte und Traditionen.

Sie bilden das Fundament des Vertrauens der Menschen in die Politik. Dieses Fundament gilt es zu schützen und zu bewahren“.

Die Realität kennen wir. Im Kampf gegen Corona wird schonungslos aufgezeigt, was Sache ist. Wir erleben einmal mehr, welchen Stellenwert etwa Verfassung und Rechtsstaat in der Wirklichkeit haben. Unsere Bundesverfassung bestimmt für unser Gemeinwesen die Zuständigkeiten. So ist auch geregelt, dass fast alle Bereiche des Gesundheitswesens in die Kompetenz des Bundes fallen (ausgenommen z.B. das Krankenanstaltenwesen, wo der Bund die Grundsätze festlegt und die Vollziehung bei den Ländern liegt).

Man möchte meinen, dass dies ganz besonders in Fragen einer Pandemiebekämpfung der Fall sei. Zuständig: der Gesundheitsminister. Wie in fast allen Politikbereichen handelt es sich dabei um eine Querschnittsmaterie, was uns nunmehr seit einem Jahr das Vergnügen wöchentlicher TV-Auftritte eines ganzen Regierungsquartetts verschafft – der Kanzler erklärt die Angelegenheit zur Chefsache, der Finanz- und der Innenminister treten an seine Seite und der für die Sache primär zuständige Ressortchef für das Gesundheitswesen darf die Runde ergänzen. Mag sein, dass dies alles seine Berechtigung hat. Diese hat es ganz bestimmt in Sitzungen des Ministerrats. Ob TV-Auftritte mit hoher Frequenz allerdings angetan sind,

im Sinne der o.a. Präambel das Vertrauen der Menschen in die Politik zu fördern, darf bezweifelt werden.

Besonders dann, wenn bei klarer Kompetenzlage und der Zuständigkeit des Gesundheitsministers ein Landeshauptmann, der von sich selbst behauptet, in der Entstehungsphase der Pandemie (Stichwort Ischgl) alles Menschmögliche (seines halt) getan und damit die richtigen Schritte gesetzt zu haben, auf den Plan tritt. Nicht, um dafür zu sorgen, dass die Anordnungen des Bundes unverzüglich umgesetzt würden – nein, er tritt auf und erklärt, dass die Maßnahmen für seine Landesbewohner und Skiliftbetreiber nicht in Frage kämen und zu verhandeln wären. Dass dabei der Lauf der Dinge in einem „seiner Bergtäler“ trotz markiger Sprüche nicht gerade der beste war, mag die Sache nicht besser machen. Vor allem dann nicht, wenn wir uns erinnern, dass er einst als Verteidigungsminister die Grundwehrdienstzeit verkürzt hat. Mit Streichung der verpflichtenden Truppenübungen hat er gleichsam unserem Militär die Wesensgrundlage zur Miliz entzogen, zumal es zur Realisierung dieses Prinzips einer möglichst hohen Ausschöpfung des Wehrpflichtigenpotenzials bedarf. Mit Freiwilligkeit ist hier „kein Staat zu machen, zudem eröffnet eine solche besonders in einem Einsatz die „Büchse der Pandora“ zur

Wehrungerechtigkeit. Aber möglicherweise war auch das alles „menschlichst“ – eben seines halt. Es ist offenkundig, dass sich unser Heer von diesem Dolchstoß bis heute nicht erholt hat.

Es mag einem weiteren Landeshauptmann vorbehalten sein, das Krisenmanagement der Bundesregierung mit dem Etikett „erbärmlich“ zu versehen. Mag durchaus sein – er hat gleich wie sein Amtskollege aus dem westlichen Österreich Regierungserfahrung als Verteidigungsminister und praktische, wenn auch unterschiedliche Berufserfahrung im Polizeidienst – dass ihm als akademisch qualifizierten Juristen weniger durch Masten und Seilbahngondeln der Blick verstellt ist, sondern er den Rechtsstaat vor Augen hat.

Bleibt zu hoffen, dass Verfassung und Rechtsstaatlichkeit nicht weiter unterlaufen werden und die Regierenden sich ihrer Vereinbarung und der vom Verfassungsgesetzgeber verliehenen Autorität besinnen. Vor allem deshalb, weil weitere prognostizierte Bedrohungen vor der Tür stehen. Beispielsweise die eines Blackouts, von dem Fachleute meinen, dass sich die Frage nicht nach dem „Ob“, sondern lediglich nach dem „Wann“ stelle. Die Frage, ob die Finsternis „seinen“ Landsleuten zumutbar sei, wird sich anlässlich eines

solchen Falles nicht stellen. Eher jene, woher die militärischen Einsatzkräfte kommen, die in großer Zahl notwendig wären, um im Chaos für Ruhe und Ordnung zu sorgen und in Versorgungsfragen auf den Plan zu treten.

Das Papier, auf dem große Zahlen über die Einsatzorganisation unseres Heeres stehen, mag nicht erröten. Es wird vergilben. Erröten sollten jedoch jene, die uns bislang erklären, dass unser Bundesheer eine Einsatzorganisation aufweise, die aus 55.000 Soldaten bestünde. Davon 27.000 oder gar mehr im Milizstand, die regelmäßig übten und die nach der Teilaufbietung des vergangenen Jahres nunmehr wüssten, dass „sie dazu gehören“. Und Purpurröte sollte die Köpfe all jener politisch Verantwortlicher erstrahlen lassen, die diese Zahlen deshalb glauben, weil sie es glauben wollen. Zu bezweifeln ist, dass ihre und ihrer Vasallen Schamesröte angetan ist, in Tagen nach einem Blackout Licht in die Finsternis zu bringen ...

Die Dinge haben nur den Wert, den man ihnen verleiht.

Jean Baptiste Moliere



Brennpunkte der Weltpolitik: Stellvertreterkrieg im Jemen – der Schlüssel zum Frieden liegt im Iran



Zerstörungen in Sanaa nach Luftangriff der Saudi-Koalition

Es war am 26. September 1962 in Sanaa, als republikanisch gesinnte Offiziere gegen König Muhammad al-Badr putschen und damit das Ende der mehr als tausendjährigen Herrschaft der schiitisch-zaiditischen Imame einläuteten. Der Flucht des Monarchen folgte ein 8-jähriger Bürgerkrieg der königstreuen Bergstämme (unterstützt von Saudi Arabien) gegen die Putschregierung (unterstützt durch Ägypten und den damaligen Ostblock). Am Ende des Krieges stand ein Kompromiss: Jemen blieb eine Republik, die Stämme genossen weitreichende Freiheiten, die Zentralregierung blieb schwach.

Der Vereinigung mit dem Südjemen am 22. Mai 1990 folgte 1994 ein Bürgerkrieg, in dem die Zentralregierung in Sanaa Abspaltungsversuche des Südens unterband. Ab Sommer 2004 ergaben sich zunehmend Differenzen der Zentralregierung in Sanaa mit den schiitischen Houthis im Norden des Jemen, die sich ab August 2009 mit der Operation „Verbrannte Erde“ zum regelrechten Krieg auswuchsen, der sich vor allem auf die Provinz Saada, direkt an der Grenze zu Saudi Arabien konzentrierte. In den Konflikt wurden bald auch saudische Grenztruppen involviert. Trotz des begrenz-

ten Eingreifens der Saudis gelang es den Houthis die Macht im Jemen zu übernehmen. Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi floh nach seinem Rücktritt Anfang Februar 2015 zunächst nach Aden, widerrief seinen Rücktritt und erklärte Aden zur Landeshauptstadt. Die Houthi konsolidierten in der Zwischenzeit ihre Macht und kontrollierten neun von 21 Provinzen des Landes. Auch Aden drohte an sie zu fallen, was ab 26. März 2015 zum Beginn einer durch Saudi Arabien angeführten Militärintervention im Jemen führte.

Mohammed bin Salman interveniert

Diese Militärintervention, die vor allem von Kronprinz Mohammed bin Salman betrieben wurde, entwickelte sich zum Stellvertreterkrieg zwischen dem Iran und Saudi Arabien. Diesem Stellvertreterkrieg fielen bis zum Berichtszeitpunkt rund 230.000 Menschen zum Opfer. Die Infrastruktur des Jemen, die ohnehin nicht besonders entwickelt ist, wurde flächendeckend zerstört und Hunderttausende in die Flucht getrieben. Trotz einer gewaltigen technischen Überlegenheit der Saudi-Koalition erwiesen sich die Houthis als ausgesprochen standfest, brachten durch Raketen- und

Drohnenangriffe zeitweise sogar die saudische Ölförderung zum teilweisen Erliegen und traten in den letzten Wochen zu einer entscheidungssuchenden Offensive gegen Marib, die letzte größere Stadt im Nordjemen, die noch unter Regierungskontrolle ist, an. Am 4. Februar hatte US-Präsident Joseph Biden verkündet, dass die US-Unterstützung für Angriffe auf die Houthis im Jemen eingestellt werde: „Dieser Krieg muss aufhören.“ Fällt Marib, so würde dies wohl das Ende der anerkannten Rumpfregierung im Jemen bedeuten, die sich überdies auch mit zunehmenden Spannungen mit dem südjemenitischen Lager konfrontiert sieht.

Mit einem Fall Maribs würde auch offenkundig, dass die saudische Militärintervention trotz immensen Aufwandes gescheitert ist. Ein Misserfolg, der untrennbar mit der Person des Kronprinzen in Verbindung stehen würde. Um den Fall von Marib zu verhindern, hat Riad den Einsatz seiner Luftwaffe noch einmal intensiviert, was von den Houthis am 7. März mit verstärkten Drohnen- und Raketenangriffen beantwortet wurde. Momentan sieht es so aus, als ob die Houthis im Vorfeld von Marib tatsächlich zum Stehen gebracht worden wären.

Schritte zum Frieden?

Wenn dies zutrifft, hätte Riad etwas Zeit erkämpft, um ein totales Debakel abzuwenden. Präsident Biden hat die Houthis Ende Februar von der Liste der Terrororganisationen streichen lassen. Eine politische Gegenleistung dafür erfolgte nicht. Auch dürften die Houthis nur geringes Interesse dafür zeigen, ihre militärischen Erfolge in politische Anerkennung umzumünzen. Es scheint vielmehr so, als würden sie

darauf setzen, ihren Einflussbereich schrittweise militärisch zu erweitern. Gleichzeitig hat Präsident Biden auf eine beschränkte militärische Eskalation gesetzt, als er in der Nacht auf den 26. Februar einen Vergeltungsschlag an einem inoffiziellen Grenzübergang zwischen Syrien und dem Irak fliegen ließ. Den 500 Pfund schweren Bomben fielen neben einem Munitionstransport 22 Angehörige von Milizen zum Opfer. Die meisten davon gehörten zum Verband „Kataib Hizbullah“ aus dem Irak.

Diese begrenzte militärische Antwort auf jüngste Anschläge proiranischer Milizen war klar an den Iran adressiert, bei dem auch der Schlüssel für einen Frieden im Jemen liegt. Iran wird einen Friedensschluss nur unterstützen, wenn im Gegenzug die US-Sanktionen, die nach der Aufkündigung des Atomabkommens durch die USA verhängt wurden, gelockert bzw. aufgehoben werden bzw. ein neuer Deal ausgehandelt wird. Präsident Biden hat Tim Lenderking zum Sondergesandten für den Jemen ernannt. Dieser soll die unterbrochenen Friedensgespräche wieder in Schwung bringen.

Dabei könnte es, wie schon 1969/70 auf eine Machtteilung im Land hinauslaufen: Das Zentrum und der Norden unter Kontrolle der Houthis, der Süden wird unabhängig. Der Gewinner dieses Stellvertreterkrieges wäre eindeutig der Iran. Auf der Verliererseite stehen Saudi Arabien und Kronprinz Mohammed bin Salman, aber auch der Jemen und dessen Bevölkerung.

Abgeschlossen 11.3.2021

Pallasch Zeitschrift für Militärgeschichte 72 – Juni 2020



Pallasch Zeitschrift für Militärgeschichte 72 – Juni 2020

Format Din A 4, 200 Seiten,
zahlreiche Abbildungen,
broschiert

Preis: € 22,-

ISBN 978-3-902721-72-3

Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2020

Der „Pallasch“ Heft 72 vom Juni 2020 bietet für den an Militärgeschichte, Geschichte von Militärtechnik und Waffensystemen sowie Militärkultur Interessierten wieder zahlreiche fundierte und ausgezeichnet recherchierte Beiträge.

Der Leitartikel befasst sich mit der Geschichte der Sereschaner, einer heute weitgehend unbekannten Spezialformation an der österreichischen Militärgrenze, deren Ursprung nur schwer fassbar ist. Neben der Überwachung der Militärgrenze und der Führung von Spezialoperationen zu deren Sicherung, oblagen den Sereschanern vor allem polizeiliche Aufgaben. Ins Augenmerk einer größeren Öffentlichkeit traten die Sereschaner erst anlässlich der Kämpfe im revolutionären Wien des Jahres 1848.

Dargestellt werden neben Uniformierung und Bewaffnung die Geschichte und die maßgeblichen Anordnungen und Erlässe zu Rekrutierung und Aufgaben dieser Spezialeinheit. Tiefschürfend hat Gernod Fuchs den abenteuerlichen Weg des ungarischen Kronschatzes bzw. der Reichsinsignien recher-

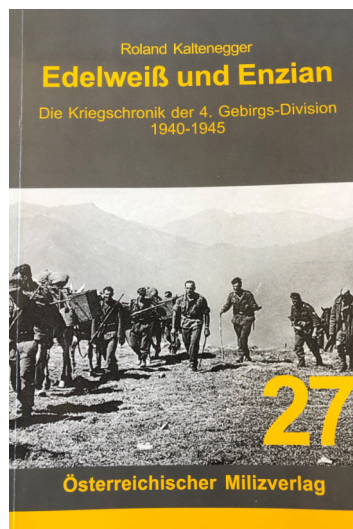
chiert, welche der vorrückenden Roten Armee entzogen wurden und schließlich ihren Weg nach Mattsee bei Salzburg fanden. Einige, fast ungeheuerlich anmutende Zufälle, führten dazu, dass der ungarische Kronschatz von den US-Amerikanern gesichert und in weiterer Folge wieder an Ungarn zurückgestellt werden konnte.

Heute befinden sich die Heilige Hand, eine Reliquie von König Stephan I. in der Stephansbasilika in Budapest bzw. Krone und Reichsinsignien im Budaer Parlament. Ingomar Pust zeichnet den Durchbruch des IV. IR 7 („Khevenhüller“) im Zuge der 12. Isonzoschlacht 1917 über das Gebirge bei Flitsch nach. Ein nahezu unmöglich zu erfüllender Auftrag wurde an dieses Bataillon herangetragen. Durch eine äußerst fundierte Angriffsvorbereitung, begünstigt durch Fehler der verteidigenden Italiener, konnte dieses Bataillon diesen Auftrag erfüllen. Waffenkundliche bzw. -technische Beiträge befassen u.a. sich mit der Einführung der Pistole 80 („Glock“) in das österreichische Bundesheer (Hans Edelmaier) bzw. mit der Erprobung des Prototyps des Jagdpanzers „Kürassier“ auf einer 2000 km-Fahrt durch Österreich (Franz Felberbauer).

Weitere bemerkenswerte Beiträge analysieren den Traditionserlass der Deutschen Bundeswehr und den Lebensweg von Generalmajor Erwin Lahousen, der als Offizier des I. Bundesheeres unter Admiral Wilhelm Canaris seinen Dienst in der Deutschen Wehrmacht versah und im Widerstand eine maßgebliche Rolle spielte.

Hervorzuheben ist das in allen Beiträgen vorzüglich und qualitativ angebotene Bildmaterial. Ergänzt wird diese Ausgabe des „Pallasch“ wiederum durch einen umfangreichen Rezensionsteil, welcher sich mit den aktuellen Publikationen der einschlägigen Militärliteratur befasst.

Edelweiß und Enzian- Die Kriegschronik der 4. Gebirgs-Division 1940 - 1945



Edelweiß und Enzian- Die Kriegschronik der 4. Gebirgs-Division 1940 - 1945

Format Din A 5, 396 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Karten, Lageskizzen und Faksimiles, broschiert

Preis: € 25,-

ISBN 3-901185-27-5

Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2006

1940 wurde die 4. Gebirgsdivision aufgestellt. Die Einheiten wurden zum Teil neu formiert, zum Teil erfolgten Abstellungen anderer Gebirgsdivisionen. Das Personal rekrutierte sich vor allem aus dem süddeutschen Raum.

Der erste Kampfeinsatz erfolgte im Jugoslawienfeldzug 1941. Nach einer kurzen Verwendung als Besatzungstruppe wurde die 4. GD in den Osten verlegt, wo sie im Zuge des „Unternehmens Barbarossa“ zum Einsatz kam. Schon die ersten Tage des Ostfeldzuges stellten an die Division hohe Anforderungen, die ihren ersten Höhepunkt in der Kesselschlacht von Uman fanden. Verfolgungskämpfe in Kombination mit endlosen Märschen waren das tägliche Brot des Gebirgsjägers. Nach der Einnahme des Donezbeckens bezog die Division ihre Winterstellungen am Mius, aus denen sie im Folgejahr zur großangelegten Operation in Richtung Kaukasus antrat. Die Kämpfe im Kaukasus lagen zwar gewissermaßen im Bereich der „Kernkompetenz“ der Gebirgsjäger, waren aber von äußerster Härte gezeichnet, wobei sich auf

deutscher Seite die Überdehnung von Front und Nachschubwegen deutlich bemerkbar machten. Am 21. August bestiegen Gebirgsjäger der 1. und 4. GD den 5.633 m hohen Elbrus, ein Ereignis, das von der Propaganda bereitwillig aufgegriffen wurde. Nach dem Scheitern des Angriffes im Hochkaukasus geriet der Waldkaukasus mit angrenzender Schwarzmeerküste in den Brennpunkt des dortigen Geschehens. Besonders die Kämpfe um den Mischako, der zu einem Schicksalsberg der 4. GD werden sollte, um Noworossijsk und den Kuban-Brückenkopf waren an Dramatik kaum zu steigern. Zu Jahresende 1943 und in der ersten Hälfte 1944 versuchten die deutschen Verbände verzweifelt, gegen immer heftigere Stöße der Sowjets, die Ströme Dnjepr und Dnestr zu halten. Mit dem Frontwechsel Rumäniens im August 1944 brach die Heergruppe Südukraine zusammen. Das weitere Kriegsgeschehen sah die 4. GD durch Siebenbürgen, Ungarn und die Slowakei in heftige Rückzugskämpfe verwickelt. Mehrfach konnte der Zusammenhang nur mit großer Mühe gewahrt und die Vernichtung der Division abgewendet werden.

Das Kriegsende erlebte die Division in Mähren. Auf ihrem Weg legte die 4. GD 10.800 Kilometer zurück. 10.800 Gefallene und 2.452 vermisste Kameraden blieben dabei zurück. Roland Kaltenecker, Verfasser zahlreicher Publikationen zur Geschichte der deutschen Gebirgstruppe, hat den Weg der Division anschaulich und durch zahlreiche Skizzen übersichtlich gestaltet, recherchiert und den beteiligten Soldaten damit ein Denkmal gesetzt.

Damit steht diese Chronik unter Einbindung zahlreicher Zeitzeugenberichte gegen das Vergessen, aber auch als Mahnung! „Nur die Toten haben das Ende des Krieges gesehen“, dieses dem griechischen Philosophen Platon zugeschriebene Zitat bleibt so als deutliche Mahnung im Raum stehen.